

NAHOST

Gewalt der Siedler

In jüngster Zeit hat die Gewalt jüdischer Siedler gegen Palästinenser im israelisch besetzten Westjordanland drastisch zugenommen. Nach einer internen Statistik des israelischen Inlandsgeheimdienstes Schin Bet verdoppelte sich die Zahl der Übergriffe fast im Vergleich zum Vorjahr. Im vergangenen halben Jahr registrierten die Sicherheitsbehörden 429 Gewalttaten, im gesamten Jahr 2007 waren es 551 gewesen. Die Täter sind größtenteils Jugendliche. Ähnlich verumumt wie die Palästinenser während der ersten Intifada, werfen sie Steine auf palästinensische Bauern, sie verprügeln Kinder und zerstören Olivenhaine. Sogar selbstgebaute Kurzstreckenraketen haben die jüdischen Extremisten eingesetzt. Nach der Räumung der Siedlungen im Gaza-Streifen im Sommer 2005 hatten sich die Anhänger eines Groß-Israel radikalisiert und scheuen nun auch vor Anschlägen nicht zurück. Die Angriffe seien „gezielt und geplant“, so ein Schin-Bet-Mitarbeiter. Soldaten und Polizisten schreiten häufig zu spät oder überhaupt nicht ein, wie neulich auf einer Konferenz der Sicherheitskräfte festgestellt wurde. Die Staatsmacht scheut offenkundig die Auseinandersetzung mit der Siedlerbewegung, wie auch der Konflikt um mehr als hundert Kleinstsiedlungen zeigt. Die Containerdörfer sind selbst nach israelischem Recht illegal, doch Verteidigungsminister Ehud Barak will sie nicht räumen, sondern lediglich umsetzen lassen. Vergangene Woche gestand er den Bewohnern von „Migron“ zu, dass sie sich für ihr Dorf einen anderen Standort innerhalb des Westjordanlands suchen dürfen.



Protestierende Muslime in Kaschmir

INDIEN

Hass und Gewalt

Mit Lautsprecherwagen fuhr die Polizei durch die Stadt Kishtwar im Kaschmir-Tal, um die Bevölkerung zu warnen: Wer die Ausgangssperre missachte, riskiere sein Leben, es werde ohne Vorwarnung geschossen. Solche rigorosen Ansagen scheinen mittlerweile nötig, um in der Himalaja-Provinz Ruhe und Ordnung wiederherzustellen. Allerdings waren es die Vertreter des indischen Staats selbst, die Hass und Gewalt zwischen Muslimen und Hindus in der Region jetzt neu entfachten und Anlass gaben zu Massendemonstrationen. In deren Verlauf kamen bis Ende voriger Woche zwei Dutzend Personen ums Leben, hauptsächlich durch Polizeikugeln.

Es sind die schlimmsten Unruhen seit 20 Jahren in der Region. Sie begannen

im Juni, als die Regierung des Bundesstaats Jammu und Kaschmir ein kleines Landstück nahe der Pilgerstätte von Amarnath den Verwaltern des dortigen Hindu-Schreins überlassen wollte. Das Terrain ist zwar kaum einen halben Quadratkilometer groß, die Ankündigung trieb aber Muslime auf die Straße. Die Politiker machten daraufhin die Schenkung rückgängig – was wiederum viele Hindus erzürnte. Deren nationalistische frühere Regierungspartei BJP schürte die aggressive Stimmung, um sich als einzig legitime Wahrerin von Hindu-Interessen zu profilieren. Am vergangenen Montag erschossen Polizisten auch noch einen bekannten Separatistenführer, als der mit seinen Anhängern in einem symbolischen Akt eine Straßensperre an der Grenzlinie zum pakistanischen Kaschmir durchbrechen wollte. Bei Protestmärschen zu seiner Beisetzung feuerte die Polizei wieder in die Menge, es gab 16 Tote. Neu-Delhi ist für die Lage in seinem Teil Kaschmirs in hohem Maße mitverantwortlich. Seit 1948 verweigern Indiens Regierungen ein von der Uno gefordertes Referendum über die Zukunft der Region.



UGANDA

Ein Mann, ein Messer

Die Regierung unter Präsident Yoweri Museveni schickt junge Männer jetzt massenhaft zur Beschneidung – die staatlich verordnete Kampagne soll die Verbreitung des HI-Virus bremsen. „Das ist grundsätzlich eine gute Idee“, sagt Christian Meyer, ein Infektionsmediziner am Hamburger Institut für Tropenmedizin: „Studien in Südafrika, Kenia und Uganda haben ergeben, dass das Risiko einer Ansteckung bei beschnittenen Männern statistisch deutlich niedriger ist.“ Bei einigen Stämmen ist



Öffentliche Beschneidung

die Prozedur ein Initiationsritual, nun stellt die Regierung medizinische Regeln für den Eingriff auf. Zum Beispiel soll künftig das Prinzip „ein Mann, ein Messer“ gelten, denn in ländlichen Gegenden wird oft noch mit einem einzigen Skalpell die gesamte Dorfjugend behandelt. Zur Prävention gehört auch, dass den Beschnittenen erklärt wird, sie seien nun nicht etwa immun gegen Aids – um den Männern die Illusion zu nehmen, sie könnten auf Kondome verzichten. Die ugandische Aids-Politik gilt auf dem ganzen Kontinent als vorbildlich. Heute sind etwa 6 Prozent der Bevölkerung HIV-positiv, vor 20 Jahren waren es noch 30 Prozent.